

Beitragssanpassung ab 2026

Information zur Beitragssanpassung ab 2026 – Beschluss der Delegiertenversammlung vom 11. April 2025 –

Liebe Ortsvorsitzende, liebe Vorsitzendenteams, liebe Mitglieder,
die Delegiertenversammlung des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden
e.V. hat am 11. April 2025 eine Beitragssanpassung beschlossen, die zum 1.
Januar 2026 in Kraft tritt.

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich um 5,00 Euro auf künftig 40,00 Euro pro Jahr
(darin enthalten ist weiterhin das Versicherungspaket für alle Mitglieder).
Fördermitglieder bezahlen 40 €, gleich wie der Mitgliedsbeitrag.

So setzt sich der neue

Beitrag ab 2026

zusammen:

Anteil

1,00 Euro	Versicherungspaket
3,00 Euro	Beitrag an den Deutschen LandFrauenverband (dlv)
9,00 Euro	Ortsverein
3,00 Euro	Kreisverband
24,00 Euro	Landesverband

Warum ist die Beitragsanpassung notwendig?

1. Kostensteigerungen auf allen Ebenen.

Die letzte Beitragserhöhung liegt sechs Jahre zurück. Seitdem sind die allgemeinen Kosten – für Personal, Veranstaltungen, Materialien und Infrastruktur – spürbar gestiegen. Der Landesverband finanziert sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen, um seine Aufgaben zuverlässig erfüllen zu können. Die Zuschüsse des Landes (z. B. für Erwachsenenbildung) decken bei weitem nicht die tatsächlichen Kosten. Die Differenz wird aus Mitgliedsbeiträgen getragen.

2. Mehr Eigenanteile bei Förderprojekten Förderprogramme wie „*Starke Frauen, starkes Land*“, „*Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum*“ oder „*Fit fürs Ehrenamt*“ verlangen vom Verband Eigenmittel. Diese stammen ebenfalls aus den Mitgliedsbeiträgen.

3. Erhöhter Beitrag an den dlv Auch der Deutsche LandFrauenverband erhöht seinen Beitrag. Diese zusätzliche Belastung muss durch unsere neue Beitragsstruktur aufgefangen werden.

4. Empfehlung des Wirtschaftsprüfers Unser unabhängiger Wirtschaftsprüfer empfiehlt dringend eine regelmäßige, maßvolle Beitragserhöhung, um die finanzielle Stabilität des Verbands langfristig zu sichern – insbesondere vor dem Hintergrund politischer und finanzieller Unwägbarkeiten, die auch Fördermittel gefährden können